

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: wie Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pf., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an. Die Redaktion.

E. L. Berlin, 24. April.

Deutscher Reichstag.

75. Plenar-Sitzung vom 24. April, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abg. v. Hollenfer. Auf Antrag des Grafen Hompeich wird durch Zuzug der Abg. v. Norrmann (konf.) gewählt.

Sodann wird die zweite Beratung der Zolltarif-Novelle fortgesetzt. Nach der Vorlage soll der Zoll für Waaren aus unedlen Metallen — entsprechend den Verträgen mit Österreich und Italien — auf 175 Mark festgesetzt werden, während er für Waaren aus Cellulose, Bernstein u. auf 200 Mark verbleiben soll.

Entsprechend dem Beschluß der Kommission stimmt das Haus diesem Teil der Vorlage, und zwar debattelos zu.

Der Zoll auf Honig beträgt jetzt 20 Mark. Nach der Vorlage und nach den Beschläßen der Kommission soll dieser Zoll für Honig in Waben unverändert bleiben, dagegen für künstlichen Honig auf 36 Mark erhöht werden.

Ein Antrag Letcha will den Zoll für Honig allgemein, also auch für den in Waben, auf 36 Mark erhöhen.

Abg. Letcha empfiehlt, auf der Tribüne sehr schwer verständlich, seinen Antrag im Interesse der deutschen Industrie. Auch die Bestimmung, daß nur der Honig „in Waben“ den niedrigeren Zoll zahlen solle, schädige nicht gegen Verfassungen, da auch die Waben bereits künstlich nachgemacht würden.

Abg. Grillenberger (Sozialdemokrat) erklärt sich nicht nur gegen den Antrag Letcha, sondern gegen jede Zollhöhung auf Honig. Schon durch die frühere Erhöhung von 3 auf 20 Mark sei die Warenverteilung ungünstig geworden. Die Industrie habe einen Anspruch darauf, ihr Produkt nicht noch mehr verteuert zu sehen.

Abg. Rath Heule stellt in Abrede, daß die feine Honigindustrie, auf die es hier allein ankomme, durch die Zollhöhung von 20 auf 36 Mark gefährdet werde. Da auf den Doppelzentner Kuchen nur der vierte Teil gebraucht werde, so betrage die Vertierung für den Doppelzentner Kuchen nur 4 Mark, also für das Pfund 2 Pfennige. Das schädige die Industrie um so weniger, als die Abwälzung auf den Konsumanten nirgends leichter sei, als gerade hierbei.

Abg. Weiß (freis. Volksp.) bekämpft ebenfalls und aus denselben Gründen, wie Grillenberger, die Zollhöhung auf Honig.

Abg. Meyer-Halle (fr. Vereinig.) bestreitet, daß durch den gegenwärtigen Zustand, also dadurch, daß der Zoll auf Zucker 36 Mark, auf Honig dagegen nur 20 Mark betrage, die Zuckerindustrie geschädigt werde. Er vertrete einen Wahlkreis mit sehr umfangreicher Zuckerindustrie. Aber gerade die Handelskammer in Halle habe ihn ersucht, entschieden gegen die Erhöhung des Honigzolls aufzutreten. Die Honigzucker-Industrie in Halle, welche hinter der Rübenzucker nicht zurückbleibe, werde dagegen durch den höheren Honigzoll schwer beeinträchtigt. Wertheure man ihr den Honig, so müsse sie schließlich zu Surrogaten, zum Syrup greifen. Und den Internen werde es dann so gehen, wie den Agrariern, die mit ihren Maschinen gegen die Margarine nur einen Konsum gesteuert und so sich selbst geschädigt hätten. Aber auch die ethische, die kulturelle Bedeutung des Honigs müsse beachtet werden. Sei es doch der Honig gewesen, der es ermöglicht habe, daß die Menschen sich von der edlen Säugerei zur Landwirtschaft wendeten. (Heiterkeit.) An die Agrarier wende er sich daher mit der Bitte, den Honig zu schützen. (Heiterkeit.) Rufe: Was wollen wir ja auch! Schon in den griechischen Gottesdiensten verwendete man Honig. Auch heute noch würden die Kinder sich zu Weinacht den Christkindleins erst recht bewußt, wenn unter den Geschenken sich auch der Honigkäse befände. Demgemäß bitte

er das Haus, von jeder Erhöhung des Honigzolls abzusehen.

Abg. von Karborff (Rp.): Ich habe nicht recht herausfinden können, sprach Herr Meyer für oder gegen die Zollhöhung? (Sehr richtig!) Wir wollen ja eben durch die Erhöhung unseren guten natürlichen Honig schützen. Und, was ich speziell Herrn Weiß bemerken muß, gerade die Lehrer sind, als Bienenzüchter, überwiegend für Zollhöhung zum Schutze gegen den künstlichen Honig.

Schaffmeister Graf Posadowsky bezeichnet es als eine Uebertreibung, daß durch die Zollhöhung die Lebzuchen-Industrie ruiniert werde, betont, wie schwierig es sei, den künstlichen Honig von dem natürlichen zu unterscheiden, und erklart um Annahme der Kommissionsbeschläße bezw. der Vorlage.

Abg. Vech (freis. Volksp.), gegen die Zollhöhung, warnt namentlich davor, durch dieselbe die Einbürgerung von Surrogaten in die Lebzuchen-Industrie vorzubereiten.

Abg. Wurm (Sozialdem.) legt noch dar, daß durch die Zollhöhung namentlich die kleinen Pfefferkuchner geschädigt werden würden. Man begünstige somit — was doch gerade die Rechte des Landes für sich stets abgelehnt habe — die Entwicklung des ganzen Pfefferkuchengewerbes zum Großgewerbe, eine Entwicklung, die leider schon bisher große Fortschritte gemacht habe.

Damit schließt die Debatte und mit großer Majorität wird der Antrag Letcha angenommen. Die Erhöhung des Zolls auf Kakaoblätter von bisher 9 resp. 20 Mark auf 45 Mark wird debattelos angenommen.

Der Zoll auf Baumwollsamendel beträgt jetzt 4 Mark. Die Vorlage will ihn auf 10 Mark erhöhen und nur für denaturiertes auf 3 1/2 Mark ermäßigen.

Die Kommission will der Erhöhung auf 10 Mark nur das raffinierte Del unterwerfen, während der Zoll für rohes auf 4 Mark verbleiben soll.

Ein Antrag Wenders (Ztr.) hierzu will den Zoll auf denaturiertes Del auf 4 Mark (statt 3 1/2) belassen.

Ein Antrag v. Stum in will die Regierungsvorlage wiederherstellen.

Abg. Graf Schwerin-Loewitz (konf.) bespricht vorerst den Antrag. Die Unterscheidung zwischen rohem und raffiniertem Del belaste unabweisbar die Zollbehörden. Das Hauptmoment, welches für die Erhöhung des Zolls auf Baumwollsamendel überhaupt spreche, die Verwendung des Dels als Speisefett, treffe für das Rohöl genau so zu, wie für das raffinierte. Der Unterschied, daß das Rohöl erst hier in Deutschland raffiniert werde, rechtfertige es doch nicht, daß man es trotz seiner Verwendung zu Speisefetten niedriger verzölle.

Abg. Dübberberg (fr. Vp.), nur schwer verständlich, bekämpft jede Zollhöhung auf Baumwollsamendel im Interesse unserer inländischen Speisefett-Fabrikation.

Gesheimer Rath Heule sucht ziffermäßig nachzuweisen, daß diese Fabrikation, die mit sehr geringen Herstellungskosten arbeite, auch nach der Zollhöhung noch einen hübschen Gewinn erzielen und mit den amerikanischen Importeuren von Speisefett konkurrieren könne. Unsere Speisefettfabrikation habe sich außerordentlich entwickelt, und zwar gerade in Folge des unversöhnlich niedrigen Zolls auf Baumwollsamendel. Bestehe dieser Zustand weiter fort, so müsse man sich auf eine weitere starke Zunahme des Imports von Baumwollsamendel gefaßt machen. Die Unterscheidung in den Zollsätzen, welche die Kommission zwischen raffiniertem und Rohöl getroffen, liege weder im Interesse der Speisefettfabrikation selbst, noch sei sie zolltechnisch durchführbar.

Abg. Harm (Soz.) führt aus, diese ganze Zollhöhung liege lediglich im Interesse der reichen Butterproduzenten. Für die Regierung bestünde doch wirklich nicht der geringste Grund, im Interesse dieser Reichen das Speisefett der Armen zu verteuern. Daß die Speisefett-Industrie die Zollhöhung auf die Konsumanten abwälzen werde, sei jedenfalls nicht zu bezweifeln. Pro Pfund Speisefett macht die Zollhöhung 3 Pfennige aus — eine kolossale Belastung. Unrichtig sei auch, daß an dem Speisefett gar so viel verdient werde, vielmehr sei vorzuziehen, daß eine ganze Anzahl Fabrikanten ihren Betrieb einschränken oder wohl gar ganz aufgeben könnten. Wie viele Arbeiter würden da wieder brodeln! Und das noch dazu im Interesse besonders von den reichen inländischen Speisefett-Fabrikanten, welche sich durch die billige Einfuhr des Baumwollsamendels geschädigt glaubten. Er hoffe sicher, daß das Haus die Kommissionsbeschläße ablehnen wird.

Staatssekretär v. Posadowsky: Die Zollhöhung ist lediglich aus der Erwägung vor-
 geschlagen, daß die Vermehrung der amerikanischen Baumwollsamendel-Fabrikanten es schließlich dahin bringen wird, daß Amerika wahrscheinlich den Zoll wird tragen müssen, um sich seine bisherigen Absatzgebiete zu erhalten. Es empfiehlt sich jedenfalls, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen, und von einer vertheilenden Behandlung von raffiniertem und rohem Baumwollsamendel abzusehen, wie ihn die Kommission vorschlägt; denn ein niedriger Satz für das rohe Del hat wenig praktischen Zweck. Man hat auf die Möglichkeit der Margarine-Fabrikation hingewiesen, die zwar auch das Del, aber außerdem auch Talg, also ein landwirtschaftliches Produkt verwendet; man übersieht dabei, daß diese Fabriken ihren Bedarf an Talg aus Australien beziehen. (Sehr richtig!) Wir sollten mit unseren Zöllen nicht so zaghaft sein, in dem Moment, wo Amerika uns durch Erhöhung des Petroleumpreises ein jährliche Mehrausgabe von 300 Millionen an-
 nündigt. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Graf Kanitz (konf.): Das amerikanische Speisefett enthält nicht selten gesundheits-schädliche Stoffe und eine Zollhöhung schadet nicht. Ich glaube sogar, wenn wir die Einfuhr des amerikanischen Speisefettes ganz verbieten, so wird bei uns das Speisefett noch nicht einen Pfennig theurer. Viel wichtiger als die Einfuhr ist die französische Konkurrenz der ausländischen Speisefette und der Margarine; diese Konkurrenz können wir nur bekämpfen durch Vorschriften über den Verkauf dieser Fette, durch Färbung der Margarine. Schmalz ist bei uns ungemein niedrig im Preise und wird auch nicht steigen, so lange die kolossale Einfuhr fortbauert. Es empfiehlt sich daher, die Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. Gamp (Reichsp.) befragt ebenfalls die Regierungsvorlage. Der Abg. Harm habe dem Grafen Bismarck gerathen, seine Arbeiter besser zu bezahlen. Herr Harm möge mal bei seinem Praktikantensohne Singer diese Frage anregen bezüglich der ihm nachstehenden Arbeiterinnen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

57. Plenar-Sitzung vom 24. April, 11 Uhr.

Der Gesetzesentwurf betr. die Abänderung des Kommunalabgaben-Gesetzes (Aufhebung der Doppelbesteuerung des aus fremdländischen Unternehmen bezogenen Einkommens) steht zur ersten Lesung.

Abg. v. Geyern (nl.): Die Aufhebung dieser Doppelbesteuerung, die der Gesetzesentwurf bereits in dem Umfange der Bestimmung ist vom Herrnhause in das Gesetz aufgenommen worden und hat von Anfang an zu großen Unzulänglichkeiten geführt. Da die Regierung jetzt die Aufhebung selbst wünscht, so werden wir vielleicht noch die vorgelommenen Einsprüche dieser Besteuerung zu prüfen haben und zu diesem Zwecke beantrage ich Kommissionsberatung durch ein 14er-Kommission.

Abg. v. Bockelberg (konf.): Zu verstehen ist doch nicht, daß diese Vorlage recht unliebsame Folgen haben kann; sehr wohlhabende Einwohner großer Städte würden völlig steuerfrei bleiben, wenn sie ihr Einkommen aus nicht-preussischen Unternehmen beziehen. Um dies näher zu erörtern, stimme ich für Kommissionsberatung.

Abg. Götze (fr. Vp.): In der Landtagsdebatte sind die Fälle häufig, wo wohlhabende Fabrikanten, deren Fabriken im Auslande liegen, auf preussischen Gebiet wohnen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß diese Fabrikanten ein großes Risiko tragen. Ich stimme ebenfalls für Kommissionsberatung.

Abg. Hansen (freisinn.): Die Annahme der Vorlage ist dringend nötig. Man wird eine rückwirkende Kraft für die Vorlage in Aussicht nehmen müssen. Die vorgelegenen Bedenken werden in der Kommissionsberatung erledigt werden können.

Reg.-Komm. Geh. Rath Noell: Das Gemeindeabgaben-Gesetz führte in seiner gegenwärtigen Fassung zu großen Härten. Das Einkommen von ausländischen Unternehmen wird meist im Auslande schon besteuert, so daß es mit der Doppelbesteuerung im Inlande einer dreifachen Besteuerung unterliegt. Man könnte auf

den Ausweg verfallen, nur diejenigen Einkommen von der inländischen Doppelbesteuerung zu befreien, die bereits im Auslande besteuert werden. Allein das würde zu großen Schwierigkeiten Erhebungen führen, die denn auch in vielen Fällen ungenau und unsicher sein würden.

Abg. Herold (Ztr.): Wichtiger als die in der Vorlage geforderte Milderung wäre die Verringerung der Besteuerung, daß die Einkommen der Minister nötig ist, wenn die Einkommen mehr als 100 Prozent der Einkommensteuer als Gemeindesteuer-Zufschlag erheben will.

Reg.-Komm. Geh. Rath Noell: Die Genehmigung muß verlagert werden, wenn keine Gründe angegeben werden, welche die Erhöhung von mehr als 100 Prozent Zufschlag rechtfertigen.

Abg. Winkler (konf.) hat Wünsche in Bezug auf das Grundsteuer-Gesetz, und zwar aus gleichen Erwägungen, wie sie der Vorlage zu Grunde liegen.

Minister Dr. Miquel: Nur ungern und auf Drängen aus dem Hause hat die Regierung trotz vielfacher Bedenken die Vorlage gemacht. Ich möchte aber davor warnen, nun weiter zu gehen und auch andere Steuer-Materien in der Kommission zu erörtern, denn die Regierung würde darauf nicht eingehen können. Herold's Wünsche beschränken sich nur auf eine Milderung der Ausfuhrbestimmungen und sind deshalb erfüllbar auch ohne Gesetzesänderung.

Abg. Dr. Dswalt (nl.) warnt ebenfalls davor, andere Steuer-Materien mit der Vorlage zu verquiden. Der Antrag aus dem Hause sei weniger im Interesse der Steuerzahler als vielmehr im Interesse der Gemeinden gestellt worden.

Minister Miquel: Ich wiederhole, sich auf den Gegenstand der Vorlage zu beschränken; eine etwaige Revision des Gemeindesteuer-Gesetzes würde nur die Folge haben, daß die Vorlage nicht zu Stande kommt.

Abg. Febr. v. Heereman (Ztr.): Unbedeutend scheint die Vorlage in Bezug auf ihre Tragweite keineswegs; die Kommission wird in dieser Richtung eine genaue Prüfung vornehmen müssen.

Damit schließt die Beratung.

Die Vorlage geht an eine besondere 14er-Kommission.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage betreffend die Eheschließungen im Bezirk des Vikarats Guben.

Die Vorlage befreit die für die rechtliche Gültigkeit vorgeschriebene Form der gerichtlichen Erklärung für die Einmütigkeit der Ehe-schließungen in Vikariaten und Exkommunikationen der Gemeinamen.

Die Vorlage wird nach kurzer Befürwortung durch den Minister Schönbach und dem Abg. Richter (Ztr.) in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betr. das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsabzweigung an dieselben.

Minister Tietzen: Das Bedürfnis für die Vorlage wird überall als ein dringendes empfunden. Wenn dasselbe bisher nicht so lebhaft in Erscheinung trat, so liegt dies daran, daß früher erhebliche Schwierigkeiten bei der Konzeptionierung vorlag. Nachdem aber das Kleinbahngesetz anderweitig geregelt ist, tritt das Bedürfnis lebhafter hervor, namentlich, nachdem der Versuch einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Materie gescheitert ist.

Abg. Bode (konf.): Meine Partei hat schwere Bedenken gegen die Tendenz der Vorlage und zwar sowohl wirtschaftliche, wie auch juristisch-technische. Wir halten es für bedenklich, eine Vertheilung, die im allgemeinen Interesse geschaffen ist, mit Hypotheken zu belasten und öffentlich veräußern lassen, ohne daß die zur Aufrechterhaltung und Sicherung des Verkehrs nötigen Vorkehrungen getroffen werden. Diese Bedenken müssen jedenfalls in einer besonderen Kommission gründlich erörtert werden.

Abg. Im Walle (Ztr.): Das Herrenhaus, das die Vorlage bereits genehmigt hat, würde doch die wirtschaftlichen Bedenken wohl auch gefunden haben, wenn sie begründet gewesen wären. Wir können die Vorlage nur mit Freuden begrüßen, denn sie sichert und fördert die Neigung zu solchen Kapitalanlagen.

Abg. Dr. Dswalt (natl.): Gegenüber den wirtschaftlichen Vortheilen der Vorlage treten die technisch-juristischen Bedenken in den Hintergrund; wir halten die letzteren für ziemlich unerheblich.

Abg. v. Tiedemann-Womft (fr.): Wir stehen dem Gesetzesentwurf sympathisch gegenüber und werden uns in der Kommission bemühen, denselben annehmbar zu gestalten.

Abg. v. Lüneburg-Bromberg (fr.): Die Form der Vorlage hat nicht unbedeutende Mängel, auch die wirtschaftliche Bedeutung der Bahnen ist nicht genügend berücksichtigt. Es wird nötig sein, die Schuldenbelastung zu begrenzen, vielleicht auch für die Konzeptionierung des Minister Normaleisen zu geben. Auch für das Substitutionsverfahren werden besondere Bestimmungen nötig sein.

Minister Schönbach tritt den juristischen Bedenken entgegen.

Die Vorlage geht an eine 14er-Kommission.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Tagesordnung: Gerichtskosten-Gesetz und Notariats-Gebühren-Verordnung (3. Lesung).

Schluß 1 1/4 Uhr.

Deutschland.

O Berlin, 24. April. Bezüglich der Kaiser-mänöver in diesem Jahre ist folgende neue Bestimmung erlassen worden:

Im Anschluß an Meine Ordre vom 17. Januar bestimme Ich: Das 3. und 9. Armeekorps nehmen an den letzten drei Übungsstagen der vor Mir abzuhaltenden Manöver des Garde- und 2. Armeekorps Theil.

Die hieraus entstehenden Mehrkosten sind durch angemessene Einschränkung der diesjährigen Verabschlagungen — in erster Linie bei den vier beteiligten Armeekorps — zu decken.

Wichelm.

Die Vorlage des hiesigen Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung wegen Aufschlusses an seine an den Reichstag zu richtende Petition auf Verwertung der Umfuhrvorlage wird fernerhin Vernehmen nach nicht zur Verhandlung gelangen, weil der Oberpräsident der Ansicht ist, daß diese Angelegenheit als eine rein politische nicht vor das Forum der städtischen Behörden gehört und deshalb den Oberbürgermeister angewiesen hat, die Vorlage zurückzugeben.

Die Umfuhrrichtlinien des Reichstages trat heute Vormittag unter Vorsitz des Abg. Dr. Böttcher zur Feststellung des vom Abg. v. Buchta verfaßten Berichtes zusammen. Die national-liberalen Mitglieder waren nicht erschienen. Abg. Pöhlmann erstattete zunächst Bericht über die noch eingegangenen Petitionen. Derselben weisen Vertretungen von Unterschriften aus allen Kreisen der Bevölkerung auf und erklären sich sämtlich gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung. Bezüglich des vom Abg. v. Buchta zur Verlesung gebrachten Berichtes wurde beschlossen, denselben das von der Regierung der Kommission unterbreitete Material beizufügen. Ein vom Abg. Nebel gestellter Antrag, auch die von der Regierungsvorlage zur Verlesung gebrachten Zitate aus Zeitungen u. s. w. dem Bericht beizufügen, wurde mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Beratung wird morgen Vormittag fortgesetzt.

Frankreich.

Paris, 24. April. Wie verlautet, wird der morgen hier stattfindende Kongreß der Eisenbahnbienfaktoren die Frage eines Ausflusses berathen.

Paris, 23. April. Das Zentralkomitee der vereinigten Droschkentreiber von Paris beschloß, die Kutscher für den 25. d. Mts. zu einer Generalversammlung zu berufen, um über die Frage des Generalstreikes aller im Personentransportwesen von Paris Angestellten zu berathen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 24. April. (Central News of Germany.) Die Regierung hat heute einen Erlass veröffentlicht, demgemäß 20 000 Mann neuer Kruppen einberufen werden sollen. 2200 Mann gehen im Laufe der nächsten Woche nach Kuba ab.

Großbritannien und Irland.

London, 22. April. Die Stellungnahme Deutschlands in der ostasiatischen Frage hat in unrichtigen Kreisen Londons großen Eindruck gemacht. Für morgen wurde schließlich ein Ministerrat einberufen, der sich mit der veränderten Lage abzufinden hat. „Times“ und „Daily News“ schweigen sich heute aus, da sie sich offenbar mit Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen Lord Roberts mit seinen Kollegen nicht „vergoßepieren“ wollen und heute niemand in London mehr zu erklären wagt, ob man morgen Abend noch japanfreundlich oder wieder ruffreundlich sein wird. Das erste Ergebnis, das die noch im Reimstadium befindliche ostasiatische

10. Wie weit ist die römische Kirche noch eine christliche Kirche zu nennen?

(Schluß.)

Wir konnten nun zum Schluß unserer Untersuchung, d. h. zur Entscheidung der Frage: Wie weit ist die röm. Kirche noch eine christliche Kirche zu nennen?

Unzweifelhaft giebt es in der röm. Kirche noch viele fromme Christen, welche unbekümmert um die Herrschaftsgelüste der Päpste und Bischöfe mit demüthigen Herzen den Heiland suchen, sich ihm zum Eigenthum geben und welche daher mit vollem Rechte zur christlichen Kirche gerechnet werden.

Unzweifelhaft giebt es auch in der röm. Kirche noch viele fromme Priester, denen das Seelenheil der ihnen anvertrauten Gemeinden aus Herz gewachsen ist, die ihre Pfarrerfinden zum Herrn führen und für das Himmelreich gewinnen wollen. Auch sie sind unzweifelhaft zur christlichen Kirche zu rechnen.

Die römische Kirche, so können wir demnach sagen, ist noch soweit eine christliche Kirche, als die ihre Anhänger zu den Herrn Christus und zu seiner Erbschaft geführt, als die Herzen derselben für die göttliche Liebe gewonnen werden und ihre Gemeindeglieder zu Gliedern am Leibe Christi heranreifen können. Soweit dies der Fall ist, gehört die römische Kirche ganz ebenso zur christlichen Kirche wie jede andere christliche Kirche und kann mit demselben Rechte wie jede andere Kirche eine christliche Kirche genannt werden.

Gewiss unzweifelhaft aber giebt es in der röm. Kirche auch manche Lehren und Einrichtungen, welche mit den Lehren und Geboten des Herrn Christus in schroffem Gegensatz stehen, den letzteren schmerzhaft widersprechen. Diese Lehren und Einrichtungen müssen wissenschaftlich als unchristliche, zum Theil selbst als antichristliche Menschengesagen bezeichnet werden.

Selbst rechnen wir den Anspruch der Päpste und der Bischöfe, daß sie die Herrscher der christlichen Kirche und Nachfolger des Petrus seien

wollen, während Christus und ebenso auch Petrus jedes Herrschenwollen der Jünger auf das Strengste verbietet.

Dahin rechnen wir die Verfluchungen und Verfolgungen aller anders Gläubigen, namentlich aller Christen, welche allein den Herrn Christus als Herrscher in seiner Kirche anerkennen und die Herrschaft des Papstes in der Kirche verwerfen.

Dahin rechnen wir, daß die Priester als Götter hingestellt werden, denen nichts auf Erden zu vergleichen sei, während Gott gebietet: „Ich bin der Herr, dein Gott, du sollst keine andern Götter haben neben mir.“ Diene ihnen nicht.“ (2 Mos. 20, 2. 3.)

Dahin rechnen wir, daß alle Glieder der Gemeinde dem Priester unterworfen werden, ihm alles beichten, alles berichten, ihm sich unterwerfen, ihm Leib und Seele anvertrauen sollen, während nach der Lehre des Herrn Christus jeder Christ nur dem Herrn Christus sich unterwerfen, ihm Leib und Seele anvertrauen soll, und dafür die Verheißung erhält, daß Christus in seinem Herzen Wohnung machen werde.

Dahin rechnen wir das Verbot, die Bibel zu lesen und unmittelbar zum Herrn Christus zu kommen, obwohl der Herr ruft: „Kommt her zu mir alle“, und abermals: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“

Dahin rechnen wir, daß jeder Priester will der alleinige Mittler sein zwischen Gott und den Menschen seiner Gemeinde, während Christus der alleinige Mittler ist.

Dahin rechnen wir, daß die Päpste Ablass von Sünden für Geld, Vermächtnisse von Geld und Gütern bez. für Wallfahrten und ähnliche Dinge gewähren. Kurz alles, von dem wir nachgewiesen haben, daß es im Widerspruch steht mit den Lehren des Herrn Christus.

In allen diesen Dingen, welche mit den Geboten Gottes bez. mit den Lehren und Geboten des Herrn Christus in Widerspruch stehen, glauben wir Menschengesagen, eine Verunreinigung der christlichen Kirche erblicken zu müssen, ganz in gleicher Weise, wie Christus in den Sagen der Schriftgelehrten und Pharisäer seiner Zeit Verunreinigungen der jüdischen Religion erblickte und über sie das zehnfache Wehe ansetzte.

So wenig das jüdische Volk zur Zeit des Herrn um dieser Pharisäer

willen aufgehört hat, das erwählte Volk zu sein, ebenso wenig hat die röm. Kirche um der Päpste willen aufgehört, eine christliche Kirche zu sein.

Aber ebenso wenig, wie zur Zeit des Herrn die Pharisäer und ihre Anhänger, die den Herrn freizugehen ließen, der Heilsverheißungen des jüdischen Volkes theilhaftig geworden sind. Ebenso wenig können die Päpste und ihre Anhänger, welche die evang. Christen verfluchen und zu tödten streben, der christlichen Heilsverheißungen theilhaftig werden.

In beiden Fällen sind nur die der Heilsverheißungen theilhaftig geworden, welche unmittelbar zum Herrn gekommen sind, sein Heil und seine Lehre angenommen und sich dem Herrn Christus zum Eigenthum gegeben haben. Amen.

Hiermit schließe ich die Reihe der Artikel in der Zeitung. Wer die sämtlichen 24 Aufsätze haben will, der mag auf die Broschüre „Ist die römische Kirche noch eine christliche zu nennen?“ von A. Graßmann“ abonniren. Den Abonnenten der Zeitung wird dieselbe von mir für 25 Pf. geliefert werden.

Hier bemerke ich nur noch, daß der Aufsatz, daß die evangelischen Christen härtere Züchtigung verdient haben als Verächter und Zerschmetterter ff., welcher in dem Bunde „Die Inquisition und der Reichthum in unserem Jahrhundert.“ Barmen bei Wiemann“ dem Papste Leo XIII. in den Mund gelegt und von mir so zitiert ist, nicht in dieser Form von Leo XIII. ausgesprochen ist. Leo XIII. hat in der Encyclica vom 4. August 1879 den Thomas von Aquino als maßgebend für Philosophie und Theologie hingestellt und ebenso im Briefe vom 13. März 1880 und dieser hat jenen Anspruch gethan.

In der Sache wird dadurch aber nichts geändert, denn Papst Leo XIII. hat sich durch einen Eid verpflichtet, allen Verfluchungen seiner Vorfahren zuzustimmen und ebenso alle Regeln und Anordnungen des Inquisitions-Tribunals zu befolgen und auszuführen und ist gegen die evangelische Kirche so schärf vorgegangen, wie irgend einer seiner Vorfahren.

